

diagonal

BSPV
APEB

www.bspv.ch



Editorial



Die Pensionskassen beschäftigen den BSPV. Im Bild: Markus Meyer, Präsident der grossrätlichen FUTURA-Kommission. Staub

Grosse Herausforderungen für den Kanton

Die Pensionskassen: Deckungslücke von vier Milliarden Franken. Das Sparpaket des Regierungsrates: 277 Millionen. Das Defizit, das dem Grossen Rat im Voranschlag präsentiert wird: 156 Millionen. Der Kanton Bern steht vor grossen Herausforderungen.

Von Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV

Es gibt keinen Finanzdirektor, der nicht schwarz malt. Zurzeit sieht es aber effektiv nicht rosig aus: Der Regierungsrat präsentierte Ende 2010 erstmals seit Jahren einen defizitären Voranschlag. Wir müssen alle zusammenstehen, damit wir auch in diesen schwierigen Zeiten keinen weiteren Lohnabbau erleiden. 1,5 Prozent sind im Voranschlag für Lohnmassnahmen vorgesehen. Eigentlich zu wenig, um den Lohnrückstand auszugleichen – aber immerhin. Im Gegenzug müssen wir uns für einen sparsamen Staatshaushalt einsetzen (Seite 2).

Bei den Pensionskassen muss der Regierungsrat Bundesrecht umsetzen.

FUTURA rückt dadurch etwas in den Hintergrund. Der BSPV fordert die Vollkapitalisierung unserer Vorsorgewerke. Ein Primatwechsel löst die grundlegenden Probleme der Pensionskassen nicht. Deren Finanzierung beruht auf spekulativen Finanzerträgen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen dieses Risiko gemeinsam tragen und nicht die Versicherten alleine (Seite 3).

Der Grosse Rat hat in der Septembersession einige Entscheide zu Personalfragen gefasst. Wir spüren ein wachsendes Verständnis für Personalanliegen – manchmal auch von unerwarteter Seite (Seite 5).

2 Aktuelles Thema

Wenn Sparmassnahmen teuer werden

Die Liste der Massnahmen des Sparpakets liegt vor. Rund 500 Stellen sind betroffen. Der BSPV stellt Forderungen an den Grossen Rat.

5 Aktuelles Thema

Wichtiges aus der Septembersession

In der Septembersession des Grossen Rates wurden mehrere personalpolitische Themen behandelt. Der BSPV darf einen Erfolg verbuchen: Die untaugliche Regelung der Ferienkürzung wird angepasst.

7 Interview

«Unser Ziel heute: Abbau verhindern»

Otto Aeby ist seit 13 Jahren Mitglied der Geschäftsleitung des BSPV. Er vertritt die Sektion Handwerklich-technisches Personal.

Hinweis

Nationalratswahlen: Unterstützen Sie unsere Kandidaten

In wenigen Tagen finden die Nationalratswahlen statt. Der BSPV unterstützt besonders engagierte Personalvertreter/innen. Geben Sie dem Personal Ihre Stimme und wählen Sie am 23. Oktober 2011 unsere Kandidierenden ins Parlament.

Die Liste finden Sie unter:
www.bspv.ch/pdfs/NR-Kandidaten_2011.pdf



Im Juni präsentierte Finanzdirektorin Simon das Entlastungspaket – nun sind die Massnahmen bekannt.

Andreas Blatter

Entlastungspaket 2012

Manche Sparmassnahmen müssen teuer bezahlt werden

Das angekündigte Sparpaket des Regierungsrates wurde bekämpft, bevor es überhaupt publiziert war. Nun liegt die Liste der Massnahmen vor. Rund fünfhundert Stellen sind betroffen. Der BSPV stellt Forderungen an den Grossen Rat.

In der letzten «diagonal»-Ausgabe publizierten wir einen ersten Kommentar zum Sparpaket – noch ohne Stellungnahme. Nun liegt die Liste der Massnahmen vor: Rund drei Prozent des Budgets werden weggestrichen. Das ist viel, wenn man bedenkt, dass der Spielraum oft klein ist. Viele Ausgaben sind gebunden. Doch nicht alle Sparmassnahmen sind falsch – einige sogar überfällig.

Längst fällige Massnahmen

Im Bereich des Beschaffungswesens will der Kanton durch direktionsübergreifende Einkäufe ab dem Jahr 2013 rund 18 Millionen Franken einsparen. Das betrifft das Personal kaum. Dieses stellt höchstens die Frage: Weshalb erst jetzt? Bei der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion sollen durch die Reduktion der

Arbeitsplatzdrucker 300 000 Franken gespart werden. Andere Direktionen haben das längst getan.

Rund 500 Stellen betroffen

Rund fünfhundert Stellen sind durch das Entlastungspaket betroffen. Trotz der grossen Zahl ist davon auszugehen, dass kein BSPV-Mitglied entlassen wird. Es werden zahlreiche Stellen gestrichen, die noch gar nicht besetzt sind. Bei der Polizei verzichtet der Regierungsrat auf die zweite Tranche der Personalaufstockung. Das ist völlig verfehlt und führt zu Folgekosten. Auch soll wider besseres Wissen von der Kantonalisierung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden abgesehen werden. Die vorgesehenen zweihundert Stellen verbleiben bei den Gemeinden. Das sind die Folgen von nicht finanzierten

Steuersenkungen. Bei den Pfarrern werden rund viereinhalb Stellen gestrichen. Und beim Unterhalt der Kantonsstrassen wird auf die Besetzung von zwei Strassenmeisterstellen verzichtet.

Wenn Sparen mehr kostet

All das sind Massnahmen, die scheinbar vertretbar sind. Wenn aber dreissig Polizisten, vier Pfarrerrinnen und zwei Strassenmeister fehlen, dann steigt der Druck entsprechend bei allen anderen. Und dann passiert ein Unfall, dann wird eine Leistung nicht erbracht, dann muss der Kunde warten, dann wird jemand krank. Das kostet dann. Sparen kann teuer sein.

Haben das unsere Stimmbürger gewollt, als sie der massiven Senkung der Motorfahrzeugsteuer zustimmten? Wollten sie wirklich hundert Franken sparen

und ihr Kind dafür eine Wochenstunde weniger in die Schule schicken? Oder den Strassenunterhalt einschränken? Am 11. März 2012 wird die Abstimmung über die Änderung der Motorfahrzeugsteuern wiederholt. Die Ecotax-Vorlage des Grossen Rates ist für das Personal letztlich vorteilhafter als der unüberlegte Volksvorschlag (vgl. Kasten).

Regionen betroffen

Bereits vor der Publikation des Entlastungspakets hat sich eine Gruppe von Grossratsmitgliedern gegen die geplante Schliessung der Schlossbergschule in Thun eingesetzt. Einige davon gehören zu den vehementesten Befürwortern von Sparmassnahmen. Aber eben nicht dort, wo es sie selbst oder ihre Region trifft.

Tatsache ist, dass bei Kostendämmungen, Massnahmenverzicht usw. immer wieder die Regionen und die zentrumsfernen Gebiete unseres Kantons getroffen werden.

Grosser Rat gefordert

Erfahrungsgemäss werden das Entlastungspaket von 277 Millionen Franken und der Voranschlag mit einem Defizit von 156 Millionen im Parlament zerzaust. Und für jede Million, die dann fehlen wird, muss das Personal geradestehen. Ein Eingeständnis der Hilflosigkeit und der Konzeptlosigkeit.

Der BSPV fordert den Grossen Rat auf, die Massnahmen des Regierungsrates unverändert umzusetzen, eine geringe Neuverschuldung zuzulassen, bei den Investi-

Ja zur Ecotax-Vorlage

Der Personaldachverband angestellte bern ist erleichtert darüber, dass die Abstimmung über die Reduktion der Motorfahrzeugsteuern wiederholt wird. Die ursprüngliche Ecotax-Vorlage des Grossen Rates ist sinnvoller und belässt dem Kanton Bern mehr Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben. *Argumente unter: www.bspv.ch.*

tionen nicht mehr auszugeben, als in den Kassen ist – und zum bestehenden Personal Sorge zu tragen.

Die Massnahmenliste finden Sie unter: www.bspv.ch

Pensionskassen: Das Leistungsprimat ist doch kein Auslaufmodell

Im September gab die freisinnige Finanzdirektorin der Stadt Bern, Barbara Hayoz, bekannt, dass bei der Pensionskasse der Stadtangestellten auf den Primatwechsel verzichtet werden soll. Höhere Beiträge sollen nicht finanzierte Leistungen abgelten. Das Rentenalter bleibt bei 63 Jahren.

Das Beispiel der Stadt Bern zeigt, dass die Diskussionen um den Primatwechsel längst nicht abgeschlossen sind. Es gibt nach wie vor Arbeitgeber, die bereit sind, das Risiko für eine attraktive Vorsorgeeinrichtung zu tragen. So hat im Sommer auch die Gemeinde Köniz den Primatwechsel verworfen. In seiner Antwort auf einen Vorstoss schrieb der Könizer Gemeinderat: «Der Gemeinderat musste nach sorgfältiger Analyse [...] feststellen, dass die genannten Voraussetzungen bei einem Primatwechsel nicht erfüllt sind. Die vom Pensionskassen-Sachverständigen aufgezeigten Schwachstellen könnten ohne Primatwechsel behoben werden.»

Deckungslücke ist ein Problem

Die Stadt Bern und Köniz wollen auf den Primatwechsel verzichten, weil sie ihrem Personal attraktive Arbeitsbedingun-

gen bieten wollen. Erleichtert wird dieser Entscheid dadurch, dass ihre Pensionskassen einen höheren Deckungsgrad aufweisen als die Bernische Pensionskasse (BPK) und die Bernische Lehrerversicherungskasse (BLVK). Die beiden kantonalen Kassen haben in den letzten Jahren nicht immer eine glückliche Hand bei der Anlage des Vermögens bewiesen. Die Deckungslücke der beiden Kassen liegt zurzeit bei rund vier Milliarden Franken.

BSPV fordert Vollkapitalisierung

Der vom Grossen Rat geforderte Primatwechsel wird in nächster Zeit jedoch nicht das grösste Problem für unsere Altersvorsorge sein. Der Bund hat einschneidende gesetzliche Massnahmen verabschiedet, welche die Pensionskassen der öffentlichen Hand vor grosse Herausforderungen stellen. Der Kanton Bern sieht

sich mit der Frage konfrontiert, wie er die Deckungslücke bis Ende 2013 ausfinanzieren kann. Der BSPV erwartet, dass sich der Regierungsrat für die Vollkapitalisierung entscheidet.

Kanton und Personal gefordert

Die Themen Ausfinanzierung, Primatwechsel und Aufholung des Lohnrückstands bilden zusammen eine riesige Herausforderung für den Kanton als Arbeitgeber und das Personal. Verantwortungsvolle Lösungen sind skizziert. Die Geschäftsleitung des BSPV befasst sich zurzeit intensiv mit diesen Themen.

Was ist Ihre Meinung zu den Pensionskassen und zum Primatwechsel? Diskutieren Sie mit auf www.facebook.com/BSPV.ch → Diskussionen

Unabhängige Finanz- und Vorsorgeberatung mit Sonderkonditionen für BSPV-Mitglieder

Beratungsqualität vom BSPV getestet und für gut befunden!

Oliver Grob

Kaufmann HKG,
Eidg. dipl. Finanzplanungsexperte



Markus Glauser

Eidg. dipl. Versicherungsexperte,
Eidg. dipl. Betriebsökonom HWV



Roland Kuonen

Eidg. dipl. Bankexperte,
Finanzplaner mit eidg. Fachausweis



Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung,
Vermögensplanung, Zweitmeinung zu Bank- und
Versicherungsofferten

**Alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand
> Sie sparen sich viel Zeit und Ärger.**

Referenzen und weitere Informationen finden Sie hier:

www.glauserpartner.ch



Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern, T 031 301 45 45



Grotto Ticino Pizzeria Cafiero am Breitenrainplatz 3014 Bern

Saisongerecht, frisch und authentisch!

Geniessen sie unsere
Tessiner- und Italienischen Spezialitäten

Durchgehend warme Küche von 11.30 bis 22:45 Uhr

Jeden Tag geöffnet! Telefon: 031/ 331 96 77

www.grotto-ticino.ch



60 Jahre Rahmen Berger Bern

Gerechtigkeitsgasse 67, 3011 Bern
Telefon 031 311 41 76, Telefax 031 312 41 72

**Individuelle Bilder- und
Spiegel-Rahmengestaltung,
nach Ihren Wünschen.
Moderne Ölbilder**

**Privat- und Geschäftsumzüge
Lagerlogistik**

Kehri+Oeler

CH-3001 Bern
Telefon 031 388 81 11

www.kehri+oeler.ch



Muesmatt AG Fenster und Schreinerei

Alpenstrasse 40 · 3052 Zollikofen
Telefon 031 911 80 11 · Fax 031 911 25 11
www.muesmatt.ch



**Bodenbeläge
aus Textil,
Linoleum und
PVC**

Walter Lustenberger AG

Weissensteinstr. 4, Postfach, 3000 Bern 5, Tel. 031 385 28 30
Fax 031 996 10 60, Mail: info@wlag.ch, Internet: www.wlag.ch



Wir storen Sie!
Zum Beispiel mit: Lamellenstoren

Schmid-Storen AG
Industriestrasse 65 CH-3052 Zollikofen
Telefon 031 911 00 12 Fax 031 911 63 52
info@schmidstoren.ch www.schmidstoren.ch

Beratung • Verkauf
• Montage • Service • Reparaturen
von Sonnen- und Witterschutzprodukten



FRIWASH
Die sanfte,
schonende
Autowaschstrasse
mit Textilfasern

Ey 9a, 3063 Ittigen
Tel. 031 921 76 83

Webcam unter: www.friwash.ch

Aus der Septembersession: Lichtblick und Schattenseiten

In der Septembersession des Grossen Rates wurden mehrere personalpolitische Themen behandelt. Der BSPV darf einen Erfolg bei der Regelung der Ferienkürzung verbuchen. Wir erwarten, dass diese per 1. Januar 2012 angepasst wird.



Die Ratsmehrheit lehnt eine Aufstockung des Polizeikorps ab.

police.be.ch

Ferienkürzungen: Erfolg für den BSPV

Ferienkürzungen erfolgen dann, wenn die Arbeit im Kalenderjahr während mehr als zwei Monaten ausgesetzt wird – ohne Ausnahmemöglichkeit. Wenn also eine Polizistin im Frühjahr ihre Ferien bezieht und im Sommer während eines dienstlichen Einsatzes erheblich verletzt wird, dann bekommt sie für das folgende Jahr eine Ferienkürzung aufgebremmt. Die Willkür dabei: Wer zum Beispiel wegen einer Operation im November und Dezember abwesend ist, erhält eine Ferienkürzung. Wer die gleiche Operation im Dezember und Januar vornehmen lässt, behält seine Ferien. Ärgerlich ist aber insbesondere, dass Verletzungen als Folge von Einsätzen im Dienst überhaupt zu Ferienkürzungen führen.

Die Grossräte Matthias Burkhalter, Peter Bernasconi und Markus Meyer forderten in einer Motion, dass die untaugliche Regelung bei den Ferienkürzungen angepasst wird. Der Grosse Rat hat den

Vorstoss als Postulat mit 134 zu 0 Stimmen ohne Diskussion überwiesen. Alle Parteien teilten die Meinung, dass die bestehende Regelung ungerecht und unangemessen ist. Wir erwarten nun, dass die Personalverordnung zwingend per 1. Januar 2012 angepasst wird.

Bürgerliche und Grüne gegen Polizei

Viele Berner Polizisten mussten im September wegen eines nationalen Grossanlasses auf dem Bundesplatz auf ihr freies Wochenende verzichten. Sogar ausserkantonale Kollegen mussten wegen der Unterbestände beigezogen werden. Dies hinderte den Grossen Rat nicht, eine Motion von Sabine Geissbühler abzulehnen, die Verbesserungen für das Polizeikorps forderte: Mit 78 zu 68 Stimmen sagte der Grosse Rat Nein zur geplanten und zurückgestellten Aufstockung des Polizeikorps (SVP: 19 Ja, 23 Nein; SP: 25 Ja, 1 Nein; BDP: 3 Ja, 20 Nein; FDP: 7 Ja, 8 Nein). Und gar mit 106 zu 40 Stimmen

lehnte er es ab, die Arbeitsbedingungen von Police Bern denjenigen der umliegenden Kantone anzupassen (SVP: 7 Ja, 36 Nein; SP: 25 Ja, 1 Nein; BDP: 1 Ja, 22 Nein; FDP: 0 Ja, 15 Nein).

Zahlreiche Votanten denken offensichtlich nicht an die Verpflichtungen des Kantons gegenüber seinem Personal und den Bürgern. Der Ruf nach mehr Sicherheit ist das eine, die Übernahme der Kosten anscheinend etwas ganz anderes.

Die SP stimmte den Personalanliegen der Motionärin fast geschlossen zu. Markus Meyer, Präsident des Polizeiverbandes, hat seine Fraktion offensichtlich gut informiert. Wer namentlich für und wer gegen die Polizei gestimmt hat, ist auf der Webseite des BSPV publiziert: www.bspv.ch.

Keine kantonale Ombudsstelle

Das Thema Gewalt gegen Kantonsangestellte hat den Grossen Rat sensibilisiert. Das wurde uns mindestens mündlich zugesichert. Primär aus finanzpolitischen Gründen lehnte das Parlament in der Septembersession aber eine Motion von BSPV-Präsident Peter Bernasconi ab, welche die Schaffung einer kantonalen Ombudsstelle verlangte. FDP-Sprecher Ruedi Sutter bezweifelte, ob durch eine solche Anlaufstelle Gewalttaten verhindert werden können. Auch der Regierungsrat stellte sich gegen die neue Anlaufstelle.

Die herrschende Finanzknappheit verhindert eben alle zukunftssträchtigen Lösungen. Die Erfahrungen der Stadt Bern und anderer Kantone haben längst bewiesen, dass jede grössere Verwaltung eine Anlaufstelle für frustrierte Bürger haben muss. Unser Fazit: Wer bei der Prävention spart, zahlt dann den Schaden. Und das ist nicht billiger.

JETZT EIN FLUG-
ZEUG UND WEG.

WIE SCHÖN
WIR ES HIER
DOCH HABEN.

www.aekbank.ch



Sowohl als auch. Individuelle Lösungen.
Wir unterstützen Sie dabei.

Aus Erfahrung

AEK
BANK 1826



Umzüge
Privat und Geschäft

**peyer
bern**

T: 031 996 63 63
www.peyerbern.ch

Umzüge Transporte Lagerungen



Bucher Baugeschäft AG

Ihr Partner für Reparaturen
Um- und Neubauten
Kernbohrungen und Betonfräsen

Sägemattstrasse 2
3097 Liebefeld
Telefon 031 971 29 95
www.bucherbau.ch

- Neubau
- Umbau
- Service

**Heizung Lüftung
Sanitär Elektro**

Badertscher + Co AG

Zentweg 13, 3006 Bern
Tel. 0319 381 381
Fax 0319 381 391
www.baco.ch

**Der starke
Personalverband**

BSPV



**Wir kämpfen
für unsere
Mitglieder!**

Und wir beraten Sie gerne:
www.bspv.ch / 031 311 11 66

BSPV – Bernischer Staatspersonalverband

**Une association
de personnel forte**

APEB



**Nous luttons
pour nos
membres!**

Nous vous conseillons volontiers:
www.bspv.ch / 031 311 11 66

APEB – l'Association du Personnel de l'État de Berne



«Heute kämpfen wir vor allem gegen den Abbau von Leistungen»

Otto Aeby ist Mechanikermeister und seit über dreissig Jahren im BSPV aktiv. Dreizehn Jahre davon in der Geschäftsleitung. Dort vertritt er das handwerklich-technische Personal. Anna Lehmann Löffel hat mit ihm gesprochen.

Du bist seit 31 Jahren Verbandsmitglied. Was hat dich 1980 dazu bewogen, dem BSPV beizutreten?

Otto Aeby: Es war und ist eine Frage der Solidarität. Nur gemeinsam sind wir Kantonsangestellten stark und ein würdiger Verhandlungspartner der Regierung. Im Verband geht es um Zusammenhalt, Erfahrungsaustausch und Meinungsbildung über Berufsgrenzen hinweg.

Wann und warum wurdest du Mitglied der Geschäftsleitung?

1998 wurde ich in die Geschäftsleitung gewählt. Es ist wichtig, dass auch Berufsarbeiter in der Verbandsleitung vertreten sind. Arbeiter haben manchmal unterschiedliche Ansichten und andere Bedürfnisse als Akademiker und stehen vor eigenen Herausforderungen.

Welches sind die spezifischen Probleme der Berufsarbeiter?

Angehörige der oberen Gehaltsklassen werden bei den Mitarbeitergesprächen ge-

nerell besser beurteilt als jene in den unteren Lohnklassen. Das muss sich ändern. Stossend ist auch die lohnklassenabhängige Ferienregelung: Mitarbeitende in den unteren Lohnklassen kommen erst jeweils fünf Jahre später in den Genuss einer zusätzlichen Ferienwoche als Angestellte in den oberen Klassen.

Was hat sich in den letzten dreissig Jahren auf dem personalpolitischen Parkett verändert?

Die Personalpolitik ist aufgrund der finanzpolitischen Lage härter geworden. Früher war die Teuerungszulage gesichert und ein automatischer Lohnanstieg bei guten Leistungen gegeben. Heute kämpft der Verband vor allem gegen den Abbau von Leistungen und weniger für Zusätzliches.

Die Geschäftsleitung befasst sich zurzeit intensiv mit dem Thema Pensionskassen – insbesondere mit einem allfälligen Primatwechsel. Wie stehst du dazu?

Wenn ein Primatwechsel kommt, dann darf es auf keinen Fall eine Sparübung zu Lasten der Versicherten sein! Einen zwingenden Grund für einen Primatwechsel gibt es nicht. Im Gegenteil, es wäre durchaus möglich, das Leistungsprimat an die heutigen Bedingungen und Anforderungen anzupassen.

Welche weiteren personalpolitischen Themen liegen dir besonders am Herzen?

Der Grosse Rat sollte den Service Public als Ganzes sehen – mit allen Menschen, die sich tagtäglich für den Kanton einsetzen – und nicht nur als lästigen Kostenfaktor. Diese negative Einstellung gegenüber dem Personal ist unglaublich demotivierend. Ebenfalls am Herzen liegt mir die fünfte ganze Ferienwoche für alle.

Vor welchen Herausforderungen steht das handwerklich-technische Personal heute und in Zukunft?

Wenn ein Handwerker heute in Pension geht, wird dessen Stelle oftmals nicht mehr besetzt. Die Aufgaben werden auf das verbleibende Personal aufgeteilt. Das erhöht den Druck. Oder die Aufgaben werden an Externe ausgelagert. Das kommt am Ende nicht billiger und dem Betrieb geht viel Wissen verloren. Ein wichtiges Thema bleibt auch die Weiterbildung.

«Es ist wichtig, dass auch Berufsarbeiter in der Verbandsleitung vertreten sind.»

Interview-Partner:

Otto Aeby ist seit 13 Jahren Mitglied der Geschäftsleitung des BSPV. Der eidg. dipl. Mechanikermeister arbeitet am Dep. Klinische Forschung der Uni Bern. Er vertritt die Sektion Hand-
werklich-technisches Personal (HTP).

Initiative für faire Löhne: Sammlung beendet

Im Oktober haben die Personalverbände BSPV, vpod und LEBE die Unterschriftensammlung für die von ihnen lancierte Initiative für faire Löhne beendet. Der BSPV steuert rund 4500 Unterschriften bei.

Nach rund fünf Monaten haben die Personalverbände BSPV, vpod und LEBE die Unterschriftensammlung für ihre Initiative «Faire Löhne für gute Arbeit» beendet. Nun geht es ans detaillierte Auszählen und Beglaubigen der Unterschriften.

Zu wenig Generationensolidarität

Erste Schätzungen ergeben folgendes Bild: LEBE sammelte bei einem Mitgliederbestand von 9000 Lehrkräften relativ rasch etwa 10 000 Unterschriften. Der BSPV bei gut 6500 Mitgliedern 4500 und der vpod bei 3500 Mitgliedern knapp 2000 Unterschriften. Beim BSPV herrscht über die Sektionen hinweg ein relativ ausgewogenes Bild: Alle Aktivmitglieder haben verhältnismässig ungefähr gleich viele Unterschriften eingereicht. Einzig die Rentner konnten nicht so recht für die Initiative mobilisiert werden. Wohl, weil

sie selbst keinen direkten Nutzen mehr davon haben werden. Sie unterzeichneten die Initiative eher zurückhaltend.

Im Alleingang erfolgreich

Die Verbände haben bewusst auf den Einbezug der politischen Parteien verzichtet, um nicht in eine politische Ecke gedrängt zu werden. Dies hätte der Initiative geschadet, da sie im Grossen Rat die Unterstützung über die Parteigrenzen hinweg benötigt. Diese erschwerten Bedingungen führten dazu, dass die Initiative nicht, wie angekündigt, bereits vor den Sommerferien eingereicht werden konnte. Die Personalverbände sind aber zuversichtlich, dass sie im Alleingang die nötigen 15000 Unterschriften zusammentragen konnten. Wir halten unsere Mitglieder auf dem Laufenden.

Lohninitiative: das Wichtigste in Kürze

Die Lohninitiative fordert, dass das kantonale Lohnsystem gemäss der ursprünglichen Konzeption umgesetzt wird. Bei guten Arbeitsleistungen soll ein jährlicher Lohnstufenaufstieg gewährleistet sein.

Das 1997 eingeführte kantonale Lohnsystem basiert auf einem Grundlohn und einem individuellen Lohnbestandteil, der bis zu 60 Prozent des Grundlohns ausmachen kann. Das System sieht vor, dass nach der Ausbildung der Anfangslohn im Bereich des Grundlohns liegt. Im Verlaufe des Berufslebens soll sich dieser dem Maximallohn annähern.

Die Lohninitiative fordert, dass das Personal, unter der Voraussetzung guter Arbeitsleistungen, Anspruch auf einen jährlichen Stufenaufstieg von 1,5 Prozent hat (entspricht zwei Stufen). Dieser Anspruch gilt bis zur Gehaltsstufe 53 und damit in den unteren zwei Dritteln des individuellen Lohnbestandteils.

Bei den Lehrkräften fordert die Initiative, dass das Lohnmaximum innerhalb von 26 Jahren anerkannter Berufserfahrung erreicht wird.

Weitere Infos: www.bspv.ch

Hinweis

Sitzung Zentralvorstand

Am 21. Oktober traf sich der Zentralvorstand (ZV) des BSPV zur zweiten Sitzung des Jahres. Tagungsort war die Berner Fachhochschule (Hochschule) in Biel. Hauptthemen waren die Partnerschaftsleistung BPK, der Beitrag an die Rentnervereinerung, der Voranschlag 2012 sowie diverse standespolitische Themen.

Der starke Personalverband

BSPV



Lohnerhöhungen fallen nicht vom Himmel Initiative «Faire Löhne für gute Arbeit»

3,6 Milliarden Franken wurden in den letzten Jahren auf dem Rücken der Kantonsangestellten gespart – das ist genug! Die Personalverbände BSPV, VPOD und LEBE lancieren eine kantonale Volksinitiative für faire Löhne. Die Forderungen: ein gerechtes Lohnsystem und konkurrenzfähige Bedingungen.

Wir brauchen Ihre Unterstützung: Unterschriftenkarten und Details zur Initiative finden Sie unter: www.bspv.ch

FAIRE LÖHNE FÜR GUTE ARBEIT

Faire Löhne für gute Arbeit: Die Unterschriftensammlung ist beendet.

BSPV

Herbstausflug aufs Stanserhorn

Der Herbstausflug der Rentnervereinigung führte die rund vierzig Teilnehmenden auf das Stanserhorn. Ein Bericht von Kurt Binggeli.

Rund vierzig Rentnerinnen und Rentner haben sich am 7. September zum traditionellen Herbstausflug in Bern eingefunden. Dieses Jahr führte die Reise aufs Stanserhorn.

Grandiose Rundschau

Mit dem Car ging es nach Stans. Mit der alten, seit 1893 in Betrieb stehenden Drahtseilbahn legten wir das erste Drittel und mit der Luftseilbahn den Rest der Bergstrecke zurück. Auf der Aussichtsterasse, in 1900 m ü.M., genossen wir eine grandiose Rundschau. Im Drehrestaurant wurden wir dann kulinarisch verwöhnt.

Erholung und Wagnis

Auf der Heimfahrt führte unser Weg über die Panoramastrasse des Glaubensbergpasses. Für uns Reisende eine Erho-



Herbstausflug 2011. Ueli Zimmermann

lung, für den Chauffeur ein Wagnis. Nach einem Zwischenstopp im *Kambly*-Verkaufsladen in Trubschachen trafen wir gegen sieben Uhr abends wieder in Bern ein. Ein herzliches Dankeschön geht an die Organisatoren und an den Chauffeur.

Kurt Binggeli, pens. Polizeibeamter

Was lange währt...

Seit hundert Jahren stehen der BSPV und der Verband der Betreibungsweibel in engem Kontakt. Allerdings sind die Weibel dem BSPV nie beigetreten. Dies könnte sich nun ändern.

Bereits 1912 schrieb das Initiativkomitee, das die Gründung des BSPV vorbereitete, den Verband der Betreibungsgehülften an und forderte ihn zum Beitritt auf. Dieser stand zwar immer in engem Kontakt zum BSPV, ist aber nie beigetreten.

Heute echte Staatsangestellte

Die Weibel waren damals nicht Staatsangestellte im eigentlichen Sinne. Heute sind sie es aber. So wäre der Zeitpunkt gegeben, dass der BSPV eine traditionsreiche, aktive neue Sektion erhält.

Beitritt im Jubiläumsjahr?

Ein erster Schritt in diese Richtung wurde am 11. August 2011 an der Vorstandssitzung des Weibelverbandes gemacht, als die Möglichkeit eines Beitritts konkret diskutiert wurde.

Nächstes Jahr wird der BSPV 100-jährig und am 22. Juni 2012 findet unsere 100. Abgeordnetenversammlung statt. Gerne würden wir dann den Verband der Betreibungsweibel des Kantons Bern beim BSPV willkommen heissen.

Hinweis

Besichtigung der Coop-Zentrale

Die Rentnervereinigung besichtigt die Coop-Produktions- und Verteilzentrale in Bern.

Wann: Mittwoch, 16. November 2011, um 9.00 Uhr

Wo: Coop-Verteilzentrale, Riedbachstrasse 161, Empfang 1. Stock, 3027 Bern

Kosten: obligatorisches Mittagessen im Coop-Restaurant um 11.30 Uhr

Wichtig: Aus hygienischen Gründen darf in den Produktionsräumen kein Schmuck (ausser Ehering) getragen werden. Aufgrund von Treppen und rutschigen Böden müssen alle Besucher gut zu Fuss sein.

Anmeldung: ab sofort an Eugen Schneider, Präsident Rentnervereinigung (Tel. 031 829 14 02, Mobile: 079 894 81 33, schneider.eugen@bluewin.ch).



Aus der BSPV-Zeitung von 1913.

Jahresausflug PZM: lehrreich und gesellig

Im Rahmen ihres jährlichen Ausflugs besichtigten 37 Mitglieder der Sektion Psychiatriezentrum Münsingen (PZM) am 5. Juli den Rettungsdienst STS AG in Gesigen. Ein Bericht von Barbara Aeschlimann.



Besuch beim Rettungsdienst Gesigen. PZM

Das eingespielte und bestens vorbereitete Rettungsteam präsentierte uns eine eindrückliche Demonstration ihrer Arbeit und beantwortete unsere diversen Fragen. Es gab viel Interessantes zu erfahren – beispielsweise, dass 1886 das erste Ambulanzfahrzeug in Form einer Handkarre im Einsatz war. Oder, dass im letz-

ten Jahr vom Stützpunkt Gesigen aus 225 Fahrten ins PZM nach Münsingen gemacht wurden. Weiter baute das Team vor unseren Augen ein Notfallzelt in einer Geschwindigkeit auf, die das Vorstellungsvermögen jedes Campingbegeisterten übersteigt. Mit viel Berufsstolz zeigte uns das Rettungsteam ein Ambulanzfahrzeug und erklärte uns die diversen mitgeführten Hilfsmittel. Dazu zwei Zahlen: Eine voll ausgerüstete Ambulanz kostet 300 000 Franken. Ein automatisches Herzmassagegerät 30 000 Franken. Zum Schluss durften wir einem simulierten Einsatz beiwohnen.

*Barbara Aeschlimann,
Mitglied Sektion PZM*

Wildhüter: Endlich Zeitgutschrift für Nachteinsätze

Nachts werden die meisten Tiere angefahren. Dann wird jeweils der Wildhüter gerufen. Ab 2012 erhalten die Wildhüter dafür endlich eine Zeitgutschrift.

Im Juni 2008 beschloss der Regierungsrat, Mitarbeitenden der Gehaltsklassen 1 bis 18 eine Zeitgutschrift für unregelmässige Nachtarbeit zu gewähren. Die Einführung der Zeitgutschrift erfolgt über fünf Jahre gestaffelt von zehn bis zwanzig Prozent.

Fast in allen Branchen gängig

Solche Zulagen sind in der Schweiz in fast allen Branchen eingeführt. Beim Kanton Bern erhielten vorerst die Angestellten der Kantonspolizei und der Sicherheitsdienste sowie die Hauswarte eine solche Zulage. Im Bereich des Strassenunterhalts wurde eine höhere Zulage später auf

zwanzig Prozent abgebaut. Eine Erhebung des Personalamtes zeigte, dass weitere 475 Mitarbeitende Nachtarbeit ohne Zulagen leisten – meist Ausnahmeeinsätze.

Zeitgutschrift wird eingeführt

Nicht so bei den Wildhütern: Der Regierungsrat hat nun auf Intervention des BSPV und auf Antrag der Volkswirtschaftsdirection beschlossen, die Zeitgutschrift für Wildhüter auf den Jahreswechsel einzuführen. Die Folgekosten sind gering, da der Kanton Bern bloss 33 Wildhüter hat. Der Einsatz der Sektion und des Verbands hat sich gelohnt.

Hinweis

Neue Fotos für neue Website

Der BSPV ist daran, seinen Internetauftritt zu überarbeiten. Ein Ziel dabei ist, dass unsere Sektionen noch stärker ins Zentrum rücken. Neu sollen professionell aufgenommene Bilder den Arbeitsalltag unserer Mitglieder zeigen. Dazu wird ein Fotograf einzelne Mitglieder (oder andere Freiwillige aus den Direktionen/Institutionen) bei der Arbeit begleiten.

Erste Kontakte und Fotoshootings haben bereits stattgefunden. Wir bedanken uns herzlich bei den Mitgliedern, die uns beim Organisieren der Fototermine helfen und natürlich bei den Personen, die uns als Fotomodelle zur Verfügung gestanden haben oder noch stehen werden.

Per Anfang 2012 soll die Website www.bspv.ch im neuen Gewand erscheinen.

Hinweis

Alte Fotos für unser 100-Jahre-Jubiläum

Nächstes Jahr feiert der BSPV sein 100-jähriges Bestehen. Im Jubiläumsjahr sind diverse Aktionen geplant: Unter anderem wird es ein Jubiläumsbuch sowie einen Film dazu geben.

Dazu benötigen wir alte Fotos des Verbands und der Sektionen (Versammlungen und andere Anlässe, frühere Präsidenten, Bilder aus dem Arbeitsalltag der Mitglieder usw.).

Wenn jemand im Besitz von altem Bildmaterial ist, soll er sich bitte bei der Geschäftsstelle melden (Tel. 031 311 11 66 oder lehmann@bspv.ch). Vielen Dank! Die Bilder werden unversehrt retourniert. Über die weiteren Aktionen zum 100-Jährigen werden wir laufend informieren.

Starker Zuwachs bei den Richtern und Staatsanwälten

Innerhalb eines Jahres konnte der Verein Bernischer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte (VBRS) über vierzig zusätzliche Mitglieder gewinnen. Hauptgrund ist die Justizreform.



Anastasia Falkner, Präsidentin der Sektion VBRS.

Manu Friedrich

Von 166 auf 210 Mitglieder (Stand: Juni 2011) – dies ist die erfreuliche Bilanz der Sektion Verein Bernischer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte (VBRS). Gleichzeitig stellt der VBRS mit seiner Präsidentin, Anastasia Falkner, die neue Vizepräsidentin der BSPV-Abgeordnetenversammlung. «Es ist wichtig und auch nötig, dass sich die Richterinnen und Richter in solchen Gremien engagieren», betont Falkner.

Schweizweit einzigartig

Im Kanton Bern hat der Richterverband eine lange Tradition und ist als Sektion des BSPV gut organisiert. Der VBRS ist schweizweit der einzige Verband, der die Richterinnen und Staatsanwälte unter einem Dach vereint. Dieser enge Kontakt und Austausch sei wertvoll, so Sektionspräsidentin Anastasia Falkner, und trage

dazu bei, dass im Kanton Bern die Richter und Staatsanwälte zusammenhalten. In anderen Kantonen sei das nicht immer gegeben.

Justizreform bringt Neumitglieder

Der Hauptgrund für den starken Mitgliederzuwachs ist die Justizreform, die seit Anfang 2011 in Kraft ist. Es gibt neue Gerichtsbehörden und mehr Staatsanwälte. Schon zuvor wurden die Gerichte und Untersuchungsrichterämter wegen der Revision im Strafgesetzbuch aufgestockt – insgesamt also mehr Mitarbeitende und somit mehr potenzielle Mitglieder. «Der VBRS ist bei den Mitarbeitenden breit abgestützt; fast alle sind im Verband», erklärt Anastasia Falkner.

Auch Richter brauchen Rechtsschutz

Der fachliche und zwischenmenschliche Austausch sowie ein starkes Gewicht bei personalpolitischen Themen erreichen – dies seien die primären Gründe, warum Richter und Staatsanwältinnen dem Verband beitreten, so Falkner. Doch auch der Rechtsschutz wird von ihnen in Anspruch genommen. Aktuell sind beim BSPV mehrere Beschwerden gegen die Lohneinreihung der Staatsanwälte hängig. Anastasia Falkner resümiert: «Auch Richter und Staatsanwälte brauchen Rechtsschutz, denn man sollte nie in eigener Sache prozessieren.»

Das ganze Interview mit Anastasia Falkner lesen Sie unter: www.bspv.ch.

Verein Bernischer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte (VBRS)

Anastasia Falkner, Präsidentin

Tel. 031 635 46 00

anastasia.falkner@justice.be.ch

Kolumne

Staatsangestellter zu sein, macht politisch

Kaum eine Berufsgruppe ist so abhängig von der Politik wie die der Staatsangestellten. Politik bestimmt nicht nur unsere Anstellungsbedingungen, sondern auch unser Arbeitsfeld. Wer will da noch sagen, Politik gehe uns nichts an?

Wir Kantonsangestellten dürfen so quasi die Mittlerstelle zwischen Politik und Volk einnehmen. Oft wird diese als Sandwichposition empfunden, weil nicht alles verstanden wird, was von der Politik geboren wird. Dann nehmen wir halt auch einmal eine Airbagfunktion für die Politik ein. Politik geht uns deshalb sehr wohl etwas an.

Wir haben in unserer Funktion auf Recht und Gesetz zu achten. Gleichzeitig müssen wir neutral und unabhängig von politischen und wirtschaftlichen Einflüssen bleiben. Aber das heisst noch lange nicht, dass wir apolitisch sein müssen. Im Gegenteil: Unsere Erfahrungen an der Schnittstelle zwischen Politik und Volk machen uns politisch. Weil uns Politik etwas angeht, unterstützen wir Kolleginnen und Kollegen, die sich für das Personal engagieren, bei den Nationalratswahlen.



Von Werner Salzmann

Chefexperte Landwirtschaft

Steuerverwaltung Kanton Bern

Nationalratskandidat SVP, Mülchi

Die Meinung des Autors muss sich nicht mit jener des BSPV decken.

Bern: grösste Verwaltung wegen Bund

Im Kanton Bern arbeiten 38 600 Personen im Bereich «öffentliche Verwaltung». Dies ist deutlich mehr als in allen anderen Kantonen. Zu Buche schlägt jedoch nicht etwa eine überdurchschnittlich grosse Kantonsverwaltung, sondern die Hauptstadtfunktion der Stadt Bern: Knapp 60 Prozent der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung arbeiten für den Bund. Ohne Bundesverwaltung liegt der Kanton Bern mit 16,4 Verwaltungsangestellten pro 1000 Einwohner ziemlich genau im Durchschnitt der Kantone. Dies geht aus den «Wirtschaftsdaten September 2011» des beco Berner Wirtschaft hervor.

Website zu Diskriminierungsklagen

Auf der Website www.gleichstellungsgesetz.ch sind rund 500 Deutschschweizer Gerichtsentscheide nach Gleichstellungsgesetz dokumentiert. Die Datenbank ist ein gemeinsames Projekt der Deutschschweizer Fachstellen und des Eidg. Büros für die Gleichstellung von Mann und Frau. Entscheide aus der Westschweiz und aus dem Tessin sind auf der Seite www.leg.ch gesammelt.



Die Bundesverwaltung schlägt zu Buche.

Praxisänderung bei der Probezeitregelung

Gemäss dem Urteil des Verwaltungsgerichts des Kantons Bern vom 17. Juni 2011 gilt eine Probezeit nur, wenn sie in der Anstellungsverfügung ausdrücklich festgelegt worden ist. Es gelten die folgenden Grundsätze:

- In der Regel stellt die Anstellungsbehörde auf Probe an.
- Eine Probezeit gilt nur, wenn sie in der Anstellungsverfügung festgelegt worden ist.
- Die Probezeit dauert höchstens 6 Monate.
- Bei befristeten Anstellungen ist eine der Dauer des Anstellungsverhältnisses angemessene Probezeit festzulegen. Bei einem befristeten Anstellungsverhältnis von einem Jahr wird eine Probezeit von 1 bis 2 Monaten empfohlen.
- Für Stellvertretungen und bei Anstellungen für Fachreferentinnen und Fachreferenten gibt es keine Probezeit.



Urteil zur Probezeitregelung gefällt.

Gewerkschaftsbund fordert mehr Lohn

In den letzten Jahren legten vor allem die höchsten Gehälter zu, die mittleren und tieferen Einkommen stagnierten. Die Verbände des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) fordern deshalb generelle Lohnerhöhungen von 2 bis 3 Prozent, mindestens jedoch 100 Franken und die Teuerung.

Aargau: Personalverbände im Zwist

Die Konferenz Aargauer Staatspersonalverbände (KASPV) fordert für das kommende Jahr eine Lohnerhöhung von 3 Prozent. Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Lohnerhöhung von 1,5 Prozent sei «ungenügend». Als «überzogen» bezeichnet indes der Vorstand des Aargauer Staatspersonalverbands (ASPV) die Forderung der KASPV. Er schlägt dem Grosse Rat stattdessen eine Lohnerhöhung von 1,5 bis 2 Prozent vor.



Aargau: Wie entscheidet der Grosse Rat?

Impressum

diagonal

**BSPV
APEB**

Offizielles Organ des Bernischen
Staatspersonalverbandes BSPV

Organe officiel de l'Association du
personnel de l'Etat de Berne APEB

www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch

Redaktion

Anna C. Lehmann Löffel
Matthias Burkhalter
Redaktionsadresse:
Postgasse 60, Pf 533
3000 Bern 8
Tel. 031 311 11 66
Fax 031 311 11 18

Übersetzung französisch

T. Wenger

Inseratenverwaltung

Stämpfli Publikationen AG
Wölflistrasse 1
Postfach 8326
3001 Bern
inserate@staempfli.com

Satz, Druck und Spedition

Stämpfli Publikationen AG
Postfach 8326
3001 Bern

Forte croissance de l'effectif des juges et des procureurs

En l'espace d'une année, l'Association des juges et procureurs bernois a vu son effectif augmenter de plus de 40 membres.

Son effectif ayant passé de 166 à 210 membres (état en juin 2011), la section de l'Association des juges et procureurs bernois peut se féliciter de cette augmentation. En même temps, sa présidente, Anastasia Falkner, est nommée vice-présidente de l'assemblée des délégués de l'Association du personnel de l'Etat de Berne. « Il est important, et aussi nécessaire, que les juges s'engagent personnellement dans de telles organisations », souligne Anastasia Falkner.

Unique à l'échelon national

Dans le canton de Berne, l'Association des juges et procureurs a une longue tradition et elle est, en tant que section de l'APEB, bien organisée. Cette association est la seule, au niveau suisse, à réunir sous un même toit juges et procureurs. Ce contact étroit et les échanges qu'il permet sont d'une grande importance, ajoute la présidente de la section, Anastasia Falkner, et ils contribuent à renforcer la cohésion entre les juges et les procureurs dans le canton de Berne, ce qui n'est pas toujours le cas dans d'autres cantons.

Un solide appui

Le fort accroissement de l'effectif des membres résulte principalement de la réforme de l'organisation judiciaire, mise en œuvre depuis le début de l'année 2011. De nouvelles autorités ont été mises en place dans les tribunaux et l'effectif des avocats a été augmenté. Auparavant déjà, le personnel des tribunaux et les juges d'instruction avaient été renforcés suite à la révision du code civil – en clair : plus de collaborateurs donc plus d'affiliés potentiels. « L'association bénéficie d'un solide appui parmi les employés cantonaux; ils y sont pratiquement tous affiliés », relève Anastasia Falkner.



Anastasia Falkner, présidente de l'AJPB.

Manu Friedrich

Echanges professionnels

« Les principales raisons pour lesquelles les juges et les procureurs se regroupent dans une même association sont les suivantes: elle favorise les échanges professionnels, elle permet d'établir des contacts plus étroits et de mettre un accent particulier sur certains thèmes ayant trait à la politique du personnel », indique Anastasia Falkner. Or, ils ont également recours à la protection juridique. Actuellement, plusieurs recours de procureurs portant sur l'octroi d'échelons de traitement jugé erroné sont en train d'être examinés. Et la présidente ajoute: « On ne devrait jamais rendre justice dans son propre domaine. »

Vous trouverez dans son intégralité l'interview accordée à Anastasia Falkner sous: www.bspv.ch (en allemand).

Association des juges et procureurs bernois (AJPB)

Anastasia Falkner, présidente

Tél. 031 635 46 00

anastasia.falkner@justice.be.ch

Note

Résultat de la session de septembre

Au cours de la session de septembre au Grand Conseil, plusieurs thèmes de politique en matière de personnel ont été abordés. L'APEB a remporté un succès en ce qui concerne la réglementation sur la réduction du temps des vacances.

Un succès pour l'APEB

Une réduction du temps de vacances a lieu lorsque le travail ne peut être accompli pendant une période supérieure à deux mois au cours d'une année civile. Il y a là de l'arbitraire: celui qui est absent, par exemple, en novembre et en décembre suite à une opération, voit sa période de vacances réduite. Celui qui subit la même opération en décembre et en janvier a droit à ses vacances. Néanmoins, il est particulièrement incompréhensible que des blessures subies pendant une intervention dans le cadre du travail entraînent une réduction du nombre de jours de vacances.

Adopté sans discussion

Matthias Burkhalter, Peter Bernasconi et Markus Meyer exigent dans une motion que la réglementation lacunaire concernant la réduction du temps de vacances soit adaptée. Le Grand Conseil a adopté sans discussion l'intervention sous forme de postulat.



En juin, la directrice des finances a présenté le nouveau plan d'économies. Les mesures prévues sont désormais connues.

Andreas Blatter

Allègement du budget cantonal 2012

Bien des mesures coûtent cher

Plan d'économies: la liste des mesures est désormais connue. Quelque 500 postes sont touchés. L'APEB pose des exigences au Grand Conseil.

Dans le dernier numéro de « diagonal », nous avons publié un commentaire sur le plan d'épargne. Désormais, on connaît la liste des mesures prévues à cet effet: elles représentent environ trois pour cent du budget. C'est beaucoup si l'on pense que la marge de manœuvre est souvent étroite. Bien des dépenses sont liées. Toutefois, toutes les décisions de mesures d'épargne ne sont pas erronées; quelques-unes interviennent même tardivement.

Mesures échues depuis longtemps

Dans le domaine des acquisitions, le canton veut épargner, à partir de 2013, environ 18 millions de francs en procé-

dant à des acquisitions communes à toutes les Directions. Cela ne concerne guère le personnel. Tout au plus, on peut se demander: pourquoi seulement maintenant? En ce qui concerne la Direction de la justice, des affaires communales et des affaires ecclésiastiques, la réduction des postes devrait permettre d'économiser 300 000 francs. D'autres l'ont fait il y a longtemps.

Quelque 500 postes concernés

Cinq cent postes environ sont visés par le train de mesures d'économies prévu. Malgré ce nombre considérable, il semble qu'aucun membre de l'APEB ne sera licen-

cié. Cette mesure concerne de nombreux postes qui ne sont même pas occupés. S'agissant de la police, le Conseil-exécutif renonce à la deuxième phase d'augmentation des effectifs du personnel. C'est aberrant et cela ne fera qu'entraîner des coûts subséquents. De même, sans avoir plus amplement connaissance de la situation, on renonce à la cantonalisation des autorités de protection de l'enfance et des adultes. Les 200 postes prévus resteront dans les communes. Telles sont les conséquences des baisses d'impôts non compensées. En ce qui concerne les pasteurs, quatre postes et demi environ seront supprimés. Pour ce qui a trait à l'entretien des

routes cantonales, il est question de renoncer à deux postes de cantonniers.

Quand épargner coûte plus cher

Toutes ces mesures sont, apparemment, acceptables. Cependant, si trente agents de police, quatre pasteurs et deux cantonniers viennent à manquer, la pression qui s'exercera sur tous les autres collaborateurs concernés par ces mesures sera d'autant plus grande. Et c'est l'accident, une prestation qui manque, ou encore le client qui doit attendre, voire un collaborateur qui tombe malade. Ces incidents potentiels occasionneraient des dépenses supplémentaires. Épargner peut donc coûter plus cher.

Les électeurs l'ont-ils souhaité lorsqu'ils ont voté la baisse considérable des taxes sur les véhicules à moteur? Si le peuple devait à nouveau se prononcer sur la modification des taxes sur les véhicules à moteur, le projet d'écotaxe du Grand

Conseil serait finalement plus avantageux pour le personnel qu'un projet populaire conçu à la hâte.

Le Grand Conseil face à un défi

Comme nous l'enseigne l'expérience, le train de mesures d'économies prévu, soit 277 millions de francs, et le budget déficitaire de 156 millions seront contestés au Parlement. Et pour chaque million qui viendra à manquer, le personnel devra en supporter les frais. Un aveu d'impuissance, qui reflète une certaine confusion.

L'APEB exige que le Grand Conseil mette en oeuvre, sans modifications, les mesures proposées par le Conseil-exécutif, qu'un nouvel endettement minime soit accepté, que l'on renonce à dépenser plus que ne le permettent les avoirs en caisses et que l'on voue au personnel le soin nécessaire.

Victimes des restrictions budgétaires

Le Grand Conseil a rejeté une motion qui exigeait des améliorations pour le corps de police: avec 78 voix contre 68, le Grand Conseil a dit NON à l'élargissement de l'effectif du corps de police. Par 106 voix contre 40, il a refusé que les conditions de travail de la police cantonale bernoise soient adaptées à celles des cantons avoisinants.

Pas d'organe cantonal de médiation

Une motion du président de l'APEB qui exigeait la création d'un organe cantonal de médiation a également été rejetée. Notre constat: celui qui épargne dans la prévention paiera ensuite les dommages. Et ce n'est pas meilleur marché.

La primauté des prestations n'est pas un modèle dépassé

En septembre, la directrice des finances de la Ville de Berne a fait savoir que, s'agissant de la caisse de pension des employés de la Ville de Berne, on allait renoncer à un changement de système de primauté.

L'exemple de la Ville de Berne montre que le débat sur le changement de système de primauté est loin d'être terminé. Il y a toujours des employeurs qui sont prêts à assumer le risque d'une caisse de prévoyance attrayante. Ainsi, le Conseil communal de Köniz écrit dans sa réponse à une intervention parlementaire: « On a dû constater [...] que les conditions mentionnées pour un changement de primauté n'étaient pas réunies. Les points faibles relevés par la personne responsable en matière de caisse de pension pourraient être éliminés sans que l'on doive procéder à un changement de primauté. »

Une couverture insuffisante

La Ville de Berne et la commune de Köniz veulent renoncer à un changement

de système de primauté, car elles entendent offrir à leur personnel des conditions de travail attrayantes. Cette décision a été facilitée par le fait que leurs caisses de pension présentent un taux de couverture plus élevé que la Caisse de pension bernoise (CPB) et que la Caisse d'assurance du corps enseignant bernois (CACEB). Pour ces deux caisses, l'insuffisance de couverture est de l'ordre d'environ quatre milliards de francs.

Capitalisation complète nécessaire

La Confédération a décidé des mesures légales radicales, lesquelles placent les caisses de pension des pouvoirs publics devant de grands défis. Le canton de Berne se voit confronté à la question de savoir comment il parviendra à combler le trou

d'ici fin 2013. L'APEB s'attend à ce que le Conseil-exécutif se décide pour une capitalisation intégrale.

Elections: soutenez nos candidats

Dans quelques jours auront lieu les élections au Conseil national. L'APEB appuie en particulier les candidates et les candidats qui se sont particulièrement investis en faveur du personnel. Votez en faveur du personnel et élisez nos candidats au Parlement le 23 octobre prochain.

Vous trouverez la liste à l'adresse suivante: www.bspv.ch/pdfs/NR-Kandidaten_2011.pdf.

diagonal

BSPV
APEB
www.bspv.ch



14 Sujet politique

Bien des mesures coûtent cher

La liste des mesures d'économies a été présentée: quelque 500 postes sont concernés. L'APEB pose des exigences au Grand Conseil.

13 Note

Résultat de la session

Au cours de la session de septembre au Grand Conseil, l'APEB a remporté un succès en ce qui concerne la réglementation sur la réduction du temps des vacances.

Editorial



Les caisses de pension deviennent un thème préoccupant pour l'APEB. Sur la photo: Markus Meyer, président de la commission parlementaire FUTURA. Staub

De grands défis pour le canton de Berne

Caisses de pension: couverture insuffisante à hauteur de quatre milliards de francs; plan de mesures d'économies du Conseil-exécutif: 277 millions; déficit inscrit dans le budget: 156 millions. Autant de défis à relever pour le canton de Berne.

Par Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB

Le Conseil-exécutif a présenté à la fin de 2010, pour la première fois depuis des années, un budget affichant un déficit. Nous devons tous nous unir afin que, même en ces temps difficiles, le personnel n'ait pas à subir de nouvelles pertes de salaire. Le budget prévoit 1,5 pour cent pour les mesures salariales. Trop peu, à vrai dire, pour compenser le retard au niveau des salaires, mais c'est déjà ça. En contrepartie, nous devons nous engager pour un budget plus modeste (p. 14).

S'agissant des caisses de pension, le Conseil-exécutif est tenu d'appliquer le droit fédéral. FUTURA devient en quelque sorte une seconde priorité. L'APEB exige la capitalisation intégrale de nos institutions de prévoyance. Un changement de système de primauté ne résout pas, à la base, les problèmes des caisses de pension (p. 15).

Au cours de la session de septembre, le Grand Conseil a pris plusieurs décisions ayant trait au personnel (p. 13).